



Presseschau vom 26.06.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Gefunden auf Vkontakte:

Kinder aus zeitweilig von der Ukraine kontrollierten Gebieten des Donbass machten einen „spannenden Spaziergang“ in Donezk. Im Rahmen der soziokulturellen Aktion „Spannender Spaziergang“, organisiert vom Ministerium für Kultur der DVR, besuchten am 24. Juni 27 Kinder aus Städten der Region Donezk, die sich vorübergehend unter Kontrolle der Ukraine befinden, das Donezker Staatliche Akademische Musikalisch-Dramatische Theater und Donezker Republikanische Kinderbibliothek ‚S. M. Kirow‘.

Wie ein Korrespondent auf der offiziellen Website der Donezker Volksrepublik berichtet, fand die Veranstaltung im Rahmen des Humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass statt.



<https://pp.userapi.com/c840223/v840223774/1313a/eqs48CDEhYo.jpg>
https://vk.com/photo-57424472_456262567

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 13-mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Kalinowo, Sokolniki, Smeloje, Shelotje, Shelobok, Dolgoje, Krutaja Gora, Obosnoje**.

Geschossen wurden mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueinstellung neunmal verletzt. Es wurden **fünf Ortschaften** der Republik beschossen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Es wurde mit Mörsern, Schützenpanzern, Schützenpanzerwagen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Die Behörden von Städten und Gemeinden der DVR haben in der letzten Nacht keinen Beschuss von Seiten des Gegners festgestellt. „Die Lage ist bei uns schon den zweiten Tag ruhig. Wir zählen sogar an den Fingern ab, wie lange sie sich so hält“, sagte der Leiter der Verwaltung der Donezker Siedlung Alexandrowka Konstantin Tschalj.

de.sputniknews.com: Russische Touristen dürfen jetzt ohne Visa in Iran.

Teheran hat die Visumpflicht für Touristengruppen aus Russland abgeschafft, wie die iranische Regierung auf ihrer Webseite mitteilt.

„Der Ministerrat hat angeordnet, visumfreie Reisen für Gruppen von Bürgern der Islamischen Republik Iran und der Russischen Föderation auf gegenseitiger Basis zu erlauben“, hieß es. Ende März war der iranische Präsident Hassan Rohani zu einem offiziellen Besuch in Moskau. Im Rahmen dieser Reise hatten die Regierungen Russlands und des Iran ein Abkommen über visumfreie Reisen für Touristengruppen abgeschlossen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31605/68/316056846.jpg>

Dnr-online.ru: Das mittlere Arbeitsentgelt in der DVR hat sich um 16,3% erhöht. Dies teilte heute die Arbeits- und Sozialministerin der DVR Larissa Tolstykina mit.

„In der Republik ist eine positive Dynamik beim Wachstum der Arbeitsentgelte zu bemerken. So hat sich im Vergleich zu entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres (April 2016 – 8248 Rubel) das mittlere Arbeitsentgelt in der Republik um 16,3% erhöht und beträgt 9592 Rubel“, teilte sie mit.

de.sputniknews.com: Russlands Chemiewaffen-Vorräte um 98,9 Prozent geschrumpft.

Mehr als 40.000 Tonnen Chemiewaffen hat Russland von der Sowjetunion geerbt. In den vergangenen 15 Jahren wurde das weltweit größte Arsenal bereits zu 98,9 Prozent vernichtet. Der Rest soll noch in diesem Jahr und damit früher als geplant entsorgt werden.

Russland habe 98,9 Prozent seiner Chemiewaffen (C-Waffen) vernichtet, berichtete das Föderale Amt für die C-Waffenversorgung am Montag. In der vergangenen Woche seien die letzten Senfgas-Vorräte entsorgt worden. Bei den verbleibenden 1,1 Prozent handle es sich um mit dem Nervengift VX bestückte Artilleriegeschosse. Diese sollen bis Jahresende in der Entsorgungsanlage Kisner in Udmurtien (an der Wolga) vernichtet werden.

Russland trat 1997 der Internationalen Chemiewaffenkonvention bei, welche Herstellung, Besitz, Weitergabe und Einsatz chemischer Waffen verbietet. Zu dem Zeitpunkt verfügte das Land mit 40.000 Tonnen über die größten C-Waffen-Vorräte der Welt. Die Entsorgung begann 2002 und hätte bis Ende 2018 dauern sollen.

Derzeit sind nur noch Ägypten, Israel, Nordkorea und Süd-Sudan der Chemiewaffenkonvention nicht beigetreten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31632/47/316324778.jpg>

Nachmittags:

Lug-info.com: Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja, Versuch Nr. 68
11:55 Uhr : Vertreter der Volksmiliz der LVR, die heute im Gebiet von Staniza Luganskaja im Rahmen eines weiteren Versuchs, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehene Trennung von Kräften und Mitteln zu beginnen, eingetroffen sind, haben eine weiße Signalrakete abgeschossen, um so ihre Bereitschaft, mit dem Abzug der Einheiten der Republik zu beginnen, zu bestätigen.

12:11 Uhr: „Die ukrainische Seite hat den Abzug zum Scheitern gebracht“, teilte vor Ort der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

12:25 Uhr: „Heute war die Volksmiliz ein weiteres Mal bereit, unter Kontrolle von OSZE und Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination ihre Einheiten im Gebiet von Staniza Luganskaja abzuziehen. Aber die ukrainische Seite hat sich aus unbekanntem Gründen geweigert dies zu tun“, teilte der Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Michail Filiponenko mit.

12:36 Uhr: „Gestern haben kontrollierte ukrainische Massenmedien massenhaft Erklärungen der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung über mögliche Provokationen von Seiten der Volksmiliz der LVR im Gebiet von Staniza Luganskaja verbreitet“, teilte Marotschko mit.

„Diese Information ist falsch und hat keine Grundlage, es ist für die ukrainischen Truppen nicht vorteilhaft, ihre Positionen in den Gebieten, wo die Trennung der Kräfte für heute geplant war, zu verlassen“, erklärte er.

„Die ukrainische Seite hat die Maßnahme zum Abzug auf verschiedenen Gründen 68-mal zum Scheitern gebracht. Deshalb ist die weitere Erklärung der ukrainischen Seite mit Bezug auf das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination über mögliche Provokationen von Seiten der Volksmiliz ein klarer Vorwand zur Sabotage der Maßnahmen zum Abzug von Kräften und Mitteln von der Kontaktlinie“, unterstrich der Oberstleutnant.

Er merkte an, dass die Volksmiliz bereit ist die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, „aber unter der Bedingung entsprechender Handlungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte“.

13:08 Uhr: „Der weitere Versuch hat sich leider als von der ukrainischen Seite nicht gewollt erwiesen. Wie uns Vertreter der OSZE-Mission informierten, sah ihre symmetrische Patrouille auf jener Seite unsere Rakete, hat unsere Bereitschaft mit dem der Trennung von Kräften und Mitteln zu beginnen, registriert, aber leider dort absolut keinerlei Aktivität von bewaffneten

Personen auf jener Seite festgestellt“, teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego mit.

„Man kann sogar noch mehr sagen, der Leiter der ukrainischen Vertreter im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination hielt es für überflüssig nach Staniza Luganskaja zum Ort der Trennung von Kräften und Mitteln zu kommen. Dies zeugt davon, dass es auf der ukrainischen Seite keinerlei Absicht gibt, ihre während des Treffens Ende Juni in Minsk übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen“, berichtete Dejnego.

„Es gab eine Initiative des Vertreters der Ukraine in der Kontaktgruppe Leonid Danilowitsch Kutschma, der unsere Initiative dahingehend unterstützte, dass hier rund um die Uhr Vertreter von beiden Seiten im Gemeinsamen Zentrum, Vertreter des Kommandos von Einheiten anwesend sind, um eine vollständige Ruhe im Verlauf von sieben Tagen zu garantieren, was notwendig ist und worauf sich die ukrainische Seite immer beruft. Derzeit ist die letzte Verletzung, die von der OSZE-Mission festgehalten wurde, ein Beschuss von der ukrainischen Seite im Gebiet von Staniza Luganskaja am 18. Juni. Es ist also bis jetzt genug Zeit vergangen, seitdem die OSZE Verletzungen festgestellt hat, um mit der Trennung von Kräften und Mitteln zu beginnen. Die Ukraine hat keinerlei Schritte unternommen, um sich zu vergewissern, dass in diesem Gebiet keinerlei Verstöße waren“, erklärte der Vertreter der LVR.

13:27 Uhr: „Die ukrainische Seite manipuliert irgendwie systematisch mit ausgedachtem Beschuss, jetzt reden sie davon, dass das perspektivische Datum für eine Trennung von Kräften und Mitteln der 30. Juni ist“, sagte Dejnego:

Die OSZE-Mission kann nicht rund um die Uhr Dienst in Staniza Luganskaja tun, um eine vollständige Einhaltung des Waffenstillstands in der Abzugszone bzw. Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ festzustellen, die die ukrainische Seite angeblich beobachtet und als Vorwand für das Scheitern der Trennung der Kräfte verwendet.

„Ich habe mich ja nun sehr gefreut, dass sie nicht den 31. Juni genannt haben, sondern trotz allem den 30., auf einen Montag müssen wir nicht warten, aber leider fürchte ich, dass niemand irgendwelche Schritte unternommen wird, um einen Dienst rund um die Uhr einzurichten“, sagte Dejnego.

„Leider spricht die OSZE-Mission mit Bezug auf ihre satzungsmäßigen Dokumente, die die Art der Aktivität der Mission auf unserem Territorium reglementieren, davon, dass sie die Vertreter unseres Kommandos und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, die hier in Staniza rund um die Uhr Dienst tun, nicht unterstützen können. Sie sprechen über eine allseitige Unterstützung einer solchen Kontrolle, aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten, und da ist die Rede davon, dass ihre Patrouille regelmäßig tagsüber hierher fahren und die Umstände, die sie hier beobachten, festhalten wird. Ich fürchte, dass dies trotz allem zu wenig ist. Es ist nötig funktionierende Maßnahmen zu finden, um Manipulationen, Spekulationen der ukrainischen Seite über irgendwelche mythischen Beschüsse zu verhindern. Sonst wird es uns nicht gelingen, die erste Etappe der Trennung von Kräften und Mitteln abzuschließen“, erklärte der Vertreter der LVR.

„Die Schlüsselbedeutung dieser ersten Etappe ist, dass sie uns die Möglichkeit eröffnet, mit der Vereinbarung weiterer Abschnitte zur Trennung von Kräften und Mitteln zu beginnen, diese Praxis an der gesamten Kontaktlinie auszuweiten, um diese Linie zu stabilisieren, den gegenseitigen Beschuss zu stoppen. Ohne Trennung von Kräften und Mitteln können wir keine Ergebnisse erzielen – solange es Sichtkontakt zwischen den Einheiten auf beiden Seiten gibt, ist es sehr schwierig Provokationen zu vermeiden. Und die Provokationen von der ukrainischen Seite aus gehen ständig und systematisch weiter“, fasste Dejnego zusammen.

[Ukrinform.ua: Prozess gegen Ex-Präsident Janukowitsch verschoben: Angeklagter nicht erschienen](#)

[Die für heute angesetzte Verhandlung gegen den ehemaligen Präsidenten der Ukraine Wiktor](#)

Janukowitsch wegen Landesverrats vor dem Bezirksgericht Obolon in Kiew ist verschoben worden. Der Prozess soll jetzt am 29. Juni beginnen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Laut dem Richter Wladislaw Derewjanko sei für die Hauptverhandlung in Abwesenheit ein wiederholtes Nichterscheinen des Angeklagten notwendig. Janukowitsch war zur heutigen Verhandlung nicht erschienen.

Der Ex-Staatschef wird wegen Landesverrats, Beihilfe zu vorsätzlichen Handlungen der Vertreter der russischen Macht, die auf Änderung der Grenze der Ukraine, gegen die Verfassungsordnung und auf die Führung des aggressiven Krieges gerichtet waren, angeklagt. Das Gericht erlaubte Janukowitsch die Teilnahme an der Verhandlung per Videokonferenz, doch Anwälte des ehemaligen Präsidenten konnten das nicht gewährleisten.

Janukowitsch, der nach der Maidan-Revolution nach Russland geflohen war, bestreitet die Vorwürfe.



https://static.ukrinform.com/photos/2017_06/thumb_files/630_360_1498453923-1761.jpg

de.sputniknews.com: „Damit Russland keine Existenzmittel hat“: US-Motive gegen neue Ostsee-Pipeline

Der Widerstand der USA gegen die geplante Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die mehr Erdgas-Lieferungen aus Russland nach Europa ermöglichen soll, hat sowohl wirtschaftliche als auch politische Hintergründe. Mit dem Thema beschäftigt sich die russische Onlinezeitung vz.ru.

Vz.ru weist darauf hin, dass der kürzlich vom US-Senat verabschiedete Gesetzentwurf zu neuen Russland-Sanktionen im Klartext die Absicht bekräftigt, das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 weiter zu bremsen.

Die Onlinezeitung kommentiert:

„Der politische Druck weist zweifelsohne einen wirtschaftlichen Hintergrund auf. Unter dem Deckmantel der Sorge um die ‚Energie-Sicherheit Europas‘ sowie um den Staatshaushalt der Ukraine, die nach der Inbetriebnahme der neuen Nord-Stream-Pipeline Milliarden Dollar verlieren wird, verdrängen die USA den russischen Konzern Gazprom vom europäischen Markt.“

Technisch gebe es derzeit keine Hürden für Flüssigerdgas-Lieferungen aus Amerika nach Europa. In europäischen Ländern gebe es erforderliche Terminals. Nicht alle davon seien jedoch planmäßig ausgelastet, denn Pipeline-Gas aus Russland sei konkurrenzfähiger, stellt vz.ru fest.

Anna Kokorewa, Analystin von Alpari, erläuterte: „Flüssigerdgas ist drei- bis viermal teurer als traditionelles Gas und apriorisch nicht in der Lage, damit zu konkurrieren. Selbst wenn man annimmt, dass es eine Konkurrenz zwischen den USA und Gazprom in Europa geben

könnte, lassen sich da keine Marktmethoden anwenden.“

Sergej Agibalow, Experte der in Moskau ansässigen Denkfabrik Institute for Energy and Finance, kommentierte für vz.ru:

„Groß angelegte LNG-Lieferungen aus den USA auf den europäischen Markt werden durch niedrige Gaspreise am europäischen Markt verhindert, aber auch dadurch, dass es attraktivere Alternativen gibt – in Asien und in Lateinamerika. Eben dorthin wird US-Flüssigerdgas meistens geliefert.“

Die Motive der Vereinigten Staaten sind laut Experten allerdings nicht rein wirtschaftlich. „Nord Stream 2 bedeutet zusätzliche Möglichkeiten in Sachen Gasexport und dadurch zusätzliche Einnahmen für Russland. Das Ziel der USA besteht darin, dass Russland keine Existenzmittel haben soll“, so Kokorewa.

Agibalow sagte weiter: „Nicht nur die gegenwärtige US-Administration, sondern auch viele ihrer Vorgänger sind gegen russische Öl- und Gaspipeline-Projekte vorgegangen. Das Pipeline-Projekt Burgas-Alexandroupolis ist beispielsweise noch in den 2000er Jahren geplatzt – nicht zuletzt wegen des Widerstands der USA. Mittlerweile haben die Argumente der US-Administration auch einen geschäftlichen Hintergedanken – im Sinne der Förderung von US-Flüssigerdgas. Primär war jedoch eben die negative politische Betrachtungsweise russischer Projekte.“

Kokorewa prognostizierte: „Die Wahrscheinlichkeit, dass die EU Nord Stream 2 blockieren wird, ist gering. Europa braucht unser Gas. Deshalb wird Europa seine Interessen verteidigen, denn es geht um seine Energie-Sicherheit.“

Lug-info.com: Mitteilungen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die **Situation** im Verantwortungsbereich der Volksmiliz **hat sich verschärft**, bleibt aber kontrollierbar. Trotz des ab Mitternacht am 24. Juni ausgerufenen „Brotwaffenstillstands“ hat der Gegner in den letzten 24 Stunden das **Regime der Feueereinstellung 13-mal verletzt**. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 173 Geschosse abgefeuert.

Die Volksmiliz hat eine außerordentliche Überprüfung der Gefechtsbereitschaft der Kommunikationseinheiten durchgeführt. Während der Überprüfung wurden Aufgaben zur speziellen taktischen Ausbildung bearbeitet. Die Soldaten haben die gestellten Aufgaben mit „gut“ bestanden.

Es werden weiter Belege des niedrigen moralisch-psychischen Zustands bei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte an der Kontaktlinie festgestellt. So hat gestern ein Soldat des 3. Bataillons der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Solotoje unter Alkoholeinfluss eigenmächtig den Truppenteil verlassen.

Im 2. Bataillon der 93. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, das im Gebiet von Nowotoschkowskoje stationiert ist, beging ein Offizier der ukrainischen Streitkräfte Selbstmord.

Alle Fälle von Desertion und nicht kampfbedingten Verlusten der ukrainischen Streitkräfte werden sorgfältig vor den Verwandten und der übergeordneten Führung geheim gehalten.

de.sputniknews.com: USA wollen via UNO Invasionen in Drittländer legalisieren.

Washington beharrt auf der Erweiterung der internationalen Liste der Terrororganisationen, was den USA Sonderoperationen in anderen Staaten ermöglichen wird, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Montag.

Die USA treten für die Aufnahme der regionalen Ableger von Al-Qaida und der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) auf die UN-Liste der Terrororganisationen ein, wie hochrangige Quellen in russischen diplomatischen Kreisen berichteten. Experten zufolge wird Washington im Falle der Unterstützung dieses Vorschlages gemäß US-Gesetzen die

Möglichkeit bekommen, Sondereinsätze in Drittländern zu initiieren. Mit der Erweiterung der Liste der Terrororganisationen wollen die US-Amerikaner die Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder legalisieren.

Russland und mehrere andere Länder, darunter Ägypten, sind gegen die US-Vorschläge und befürchten Versuche der USA, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen. Dies berichteten russische diplomatische Quellen.

„Stark dagegen ist unter anderem Ägypten, das gegen Al-Qaida auf der Sinai-Halbinsel kämpft. Laut Kairo würde die Aufnahme des regionalen Ablegers von Al-Qaida auf die internationale Liste die Anerkennung der Unfähigkeit der Behörden des Landes bedeuten, die Bedrohung selbstständig zu bekämpfen“, so die Quelle.

Zudem begegnet Russland dieser Idee mit Skepsis, weil die mit Al-Qaida bzw. ISIL verbundenen Terrorgruppen gewöhnlich nicht viele sind und die Behörden sie selbstständig ohne äußere Hilfe bekämpfen können.

Laut dem Militärexperten Anton Lawrow ist das Streben der USA, die UN-Liste der Terrororganisationen zu erweitern, nicht mit guten Absichten, sondern mit dem Wunsch verbunden, gemäß den US-Gesetzen eine mögliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten zu legalisieren. „Das Pentagon ist formell nicht berechtigt, geheim in Drittländern ohne Kriegserklärung vorzugehen. Doch bereits 2001 sind Pentagon-Juristen darauf gekommen, wie man dies umgehen kann. Deswegen können jetzt einzelne Spezialeinheiten verdeckte Operationen in anderen Ländern durchführen, in denen es Terrororganisationen gibt. Doch vor kurzem kam es zu einem Vorfall. Es wurde bekannt, dass das Pentagon ohne Abstimmung Listen solcher Organisationen erstellte und gegen sie Operationen durchführte. Deswegen sind jetzt die dem Pentagon untergeordneten Spezialeinheiten nur berechtigt, gegen jene Terrororganisationen vorzugehen, die von der UNO als solche eingestuft sind“, so Lawrow.

Dem Experten zufolge handelt es sich vor allem um das neue Gremium Joint Special Operation Command (JSOC), zu dem neben Elite-Spezialeinheiten Aufklärungseinheiten und Angriffsdrohnen gehören. Die Aufgabe von JSOC ist das Aufspüren und das Vernichten von Personen und Organisationen weltweit, die die Interessen der USA bedrohen. Gerade der JSOC tötete den Al-Qaida-Anführer Osama bin Laden. Dabei informierten der JSOC und das Pentagon die Führungen der Länder, in denen sie ihre Einsätze durchführen, nicht.

Lug-info.com: **Ein Mann**, der die Abgrenzungslinie am Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ überquerte, **starb nach der Festnahme durch ukrainische Grenzschrützer**, teilte der Pressedienst der Volksmiliz mit.

„Der tragische Vorfall ereignete sich heute mit einem Einwohner des von den Kiewer Truppen kontrollierten Territoriums, der den KPP „Staniza Luganskaja“ von der ukrainischen Seite aus passierte, er starb“, heißt es in der Mitteilung.

Der Mann, geb. 1961, wurde von Kiewer Soldaten „unter erdachten Ursachen“ festgenommen. „Man hat ihn etwa drei Stunden nicht gehen lassen und ihn in der glühenden Sonne gehalten“, erzählten Zeugen.

„Gegen 11 Uhr morgens verlor der Mann das Bewusstsein und starb vor Ort. Derzeit wird seine Leiche in die Leichenhalle von Lugansk gebracht“, heißt es in der Mitteilung.

de.sputniknews.com: Massenflug vor russischer Grenze: General klärt über Ziele der Nato-Spione auf.

In der vergangenen Woche haben russische Abfangjäger Medienberichten zufolge 14 Mal aufsteigen müssen, um Spionageflugzeuge der USA und anderer Staaten vor der Grenze abzufangen. Der ehemalige Militärflieger Wladimir Popow erklärt nun, wozu solche Aufklärungsflüge eigentlich nötig sind.

„Frühjahr und Sommer sind immer eine heiße Zeit für die Arbeit mit ausländischen Luftzielen“, sagte Popow, Generalmajor i.R., in einem Sputnik-Gespräch. In dieser Zeit fänden traditionell sehr viele Militärübungen statt, zu denen auch Aufklärungsflüge gehörten. Die Nato übe jetzt „fast ununterbrochen an der Ostsee“.

Spionageflugzeuge verfolgen bei ihren Grenzflügen laut dem General ganz konkrete Ziele. „Sie spionieren Frequenzen des Funkverkehrs, der Radare und Erkennungssysteme aus oder wie schnell die Signale übertragen werden.“ Diese Informationen wären bei der Angriffsplanung nützlich, um etwa den Funkverkehr mit Störsignalen lahmzulegen oder Radaren zu entgehen.

Nähere sich ein fremdes Flugzeug der Grenze, würde es nicht unbedingt abgefangen, betonte der General. „In den meisten Fällen geht es um ein Begleiten der Luftziele, sprich Flugzeuge, die unzulässig nah an die Grenzen des Landes kommen oder sogar - entgegen dem Völkerrecht - in die Wirtschaftszone Russlands eindringen.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31354/45/313544537.jpg>

Lug-info.com: Die Zahl der Kinder aus Lugansk, die sich in Kinderschullagern in der ersten Schichten in diesem Sommer erholt haben, war doppelt so hoch wie 2016. Dies teilte die Verwaltung der Hauptstadt mit Bezug auf die stellvertretende Leiterin der Bildungsabteilung Anshelika Prjadkina mit.

„Wir haben versucht, allen Kindern, die dies wollten, Plätze in Schullagern zu geben. So haben sich in der ersten Schicht in Schullagern und Lagern außerschulischer Einrichtungen 2600 Kinder erholt“, sagte sie.

„Das ist mehr als Doppelte im Vergleich zum letzten Sommer, wo in den Schullagern 1271 junge Lugansker waren“, erläuterte Prjadkina.

de.sputniknews.com: Fortgesetzte Sanktionen gegen Russland als „Akt der Selbstbehauptung“ der EU?

Die Europäer sind dem Beispiel des US-Senats gefolgt und haben ihre antirussischen Maßnahmen ebenfalls verlängert. Das schreibt die Zeitung "Kommersant" am Montag. ... Es stellt sich jedoch die Frage: Warum? Denn erst vor kurzem schien die europäische Sanktionspolitik nahezu erschöpft zu sein und die Voraussetzungen für die Wende waren vorhanden. Erstens waren bzw. sind die europäischen Geschäftskreise müde von den Russland-Sanktionen, denn sie mussten deswegen große Verluste tragen. Zweitens erwies sich das Projekt des „EU-Maidans“ in der Ukraine, das die Europäer Anfang 2014 unterstützt hatten, als etwas ganz anderes, als in Brüssel erwartet wurde. Drittens wurde US-Präsident Barack Obama, der auf den Russland-Sanktionen beharrte und die EU unter Druck setzte, von Donald Trump abgelöst, für den die Russland-Sanktionen kein Selbstzweck waren. Dennoch ist die für Moskau ungünstige Entscheidung nicht nur die Folge der trägen Politik

der europäischen Bürokratie, die nicht imstande ist, sich der neuen Realität anzupassen. Der Experte des Europäischen Rats für internationale Beziehungen (European Council on Foreign Relations – ECFR), Gustav Gressel, der für seine kritische Einstellung gegenüber Moskau bekannt ist, nannte die Ergebnisse des jüngsten EU-Gipfels „herausragend“. Nach seinen Worten hat Europa seine Geschlossenheit im Kontext der Russland-Frage unter Beweis gestellt, wobei „dieser Konsens die Flüchtlingskrise, den Brexit, den Wahlsieg Donald Trumps und alle Bemühungen Moskaus um die Spaltung Europas überlebt hat“.

Das bedeutet quasi, dass die Verlängerung der Russland-Sanktionen für die Europäer zu einer Selbstbehauptungsaktion wurde, die so wichtig in der aktuellen Situation ist, in der die europäische Einheit großen Herausforderungen ausgesetzt wird.

Aber indem Brüssel immer wieder behauptet, es hänge von der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zur Ukraine-Regelung ab, die antirussischen Restriktionen abzuschaffen, treibt es die Situation weiter in die Sackgasse. Denn es ist immerhin nicht zu übersehen, dass die Nichterfüllung der Minsker Vereinbarungen größtenteils aus dem Vorgehen Kiews resultiert.

Es sieht also danach aus, dass Europa bereit ist, seine Beziehungen mit Moskau abhängig von Kiews Willen zu machen. Und de facto wird Brüssel im Dialog mit der Ukraine keine aktive, sondern eine passive Rolle spielen, ohne das zu begreifen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31632/92/316329218.jpg>

Armiyadnr.ru: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin;

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **neunmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf **drei Ortschaften** sechs Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 14 des Kalibers 120mm abgefeuert, außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In **Richtung Mariupol** wurde **Sosnowskoje** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Gorlowka** wurde **Sajzewo** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Alle Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen haben wir den Vertretern der OSZE und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination übergeben.

Unsere Aufklärung stellt Fälle der Unterschlagung von Geldmitteln durch Funktionsträger des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte in besonders großem Ausmaß fest. Das Schema für die Diebstähle wurde vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte bei unmittelbarer

Beteiligung von Brigadekommandeuren, die sich in der „ATO“-Zone befinden, und von hohen Offizieren des rückwärtigen Versorgungsdienstes organisiert.

Insbesondere ist allein im Juni 2017 unter persönlicher Leitung von Brigadekommandeuren die Abschreibung von materiell-technischen Mitteln in folgendem Ausmaß geplant:

- in der 28. mechanisierten Brigade – etwa eine Million Griwna;
- in der 57. Panzergrenadierbrigade – mehr als 3,5 Millionen Griwna;
- in der 17. mechanisierten Brigade – fast 10.000 Griwna;
- in der 56. Panzergrenadierbrigade – etwa 55.000 Griwna;
- in der 40. Artilleriebrigade – etwa 4.500 Griwna.

Ein großer Teil der abgeschriebenen Technik wird zu wesentlich abgesenkten Preisen verkauft werden. Ein weiterer Teil tatsächlich beschädigter Technik wird als Altmetall verkauft werden. Außerdem ist der Verkauf von Ersatzteilen von angeblich schadhaften Fahrzeugen der Brigaden an Zivilisten festzustellen. Auf diese Weise erreicht der Ertrag der Funktionsträger aus der Nutzung der Korruptionsschemata Millionen von Griwna. Dabei erfolgt eine substanzielle Untergrabung der Gefechtsfähigkeit der Truppenteile in der „ATO“-Zone.

Im Zusammenhang mit den sich häufenden Fällen von nachlässigem Herangehen des kommandierenden Personals der 57. Panzergrenadierbrigade an die mit der Funktion verbundenen Verpflichtungen, sind immer häufiger Fälle zu bemerken, dass Aufgaben des übergeordneten Kommandos nicht erfüllt werden. Von unserer Aufklärung wurde festgestellt, dass in der 57. Panzergrenadierbrigade geheime Dokumente verloren gingen, die die Art und Weise der Organisation des Transports von verbotenen Waffen in die „ATO“-Zone, deren Zahl und Art sowie die Ziele ihrer Verlegung offenlegen. Dies kann zur Aufdeckung der Pläne des Kommandos der ukrainischen Streitkräfte zur Verlagerung von Technik und der folgenden Pläne zu ihrer Anwendung führen.

Unter anderem sollte der Kommandeur des 34. Bataillons auf Befehl des Kommandeurs der 57. Brigade die Lieferung von geheimen Dokumenten in den Stab des Truppenteils organisieren. Die Ausführung der Aufgabe wurde einem Leiter des technischen Dienstes, dem Kommandeur eines Ingenieur- und Entminungszugs, Fähnrich Ruslan Getmanowitsch Biktimirow übertragen. Dieser verlor während eines Aufenthalts an der Station von Nikolajew am 13. Juni unter Alkoholeinfluss das ihm anvertraute Paket. Dies führte zu einer Verspätung des Zuges um mehr als 24 Stunden.

Der Kommandeur der Brigade, der von dem Geschehen wusste, hat nicht die nötigen Maßnahmen zur Suche nach den verlorenen Dokumenten unternommen und nur den Soldaten aus dem Militärdienst entlassen und das Heraussickern der Informationen verheimlicht. Unsere Aufklärung stellt Fälle von ungesetzlichem Verkauf von Waffen und Munition durch Soldaten des 137. Marineinfanteriebataillons, das operativ der 59. Panzergrenadierbrigade unterstellt und in Richtung Mariupol stationiert ist, fest. Im Zusammenhang damit hat eine Untersuchung der Buchführung, Lagerung und Ausgabe von Schusswaffen und Munition in allen ihm untergeordneten Truppenteilen durch das Kommando der operativ-taktischen Gruppe „Mariupol“ begonnen.

So werden Korruption, Diebstahl und ein nachlässiges Verhältnis zu den dienstlichen Pflichten in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte zum natürlichen Zustand der heldenmütigen ukrainischen Armee, die danach strebt ihren Platz in der Nordatlantischen Allianz zu finden.

Ukrinform.ua: Bei Kämpfen im Gebiet der Antiterror-Operation (ATO) in der Ostukraine ist in den letzten 24 Stunden ein Soldat der ukrainischen Armee in der Nähe von Awdejewka, Oblast Donezk, verwundet worden. Tote gab es nicht.

Das teilte der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die Antiterror-Operation, Oberst Andrij Lysenko, in einem Briefing mit.

„Bei aktiven Kämpfen in den letzten 24 Stunden gab es keine Toten unter ukrainischen Soldaten. Ein Soldat ist bei einem Beschuss in Awdejewka verwundet worden. Der Zustand des jungen, aber schon erfahrenen Soldaten ist zufriedenstellend“, sagte Lysenko.

Dnr-online.ru: In diesem Jahr wird ein zuverlässiges Niveau an Lebensmittelsicherheit der DVR bei Weizen, Sonnenblumen, Hühnereiern und Geflügelfleisch erreicht werden, teilte der Pressedienst des Landwirtschaftsministeriums der DVR mit.

Nach Einschätzung der Spezialisten des Ministeriums wird die Lebensmittelunabhängigkeit der DVR als sicher angesehen, wenn die eigene Produktion bei den grundlegenden Lebensmitteln mindestens 80% des Jahresbedarfs der Bevölkerung entsprechend der physiologischen Ernährungsnormen beträgt. Dabei merkte das Landwirtschaftsministerium an, dass der Staatsreservfonds der DVR in den letzten zwei Jahren einen grundlegenden Lebensmittelvorrat für das Land angelegt hat, der regelmäßig erneuert wird.

Aber noch ist die Republik bei solchen Arten von Landwirtschaftsprodukten wie Milch, Rind- und Schweinefleisch, Gemüse und Obst importabhängig. „Das sind alles investitionsintensive Bereiche, deshalb ist die Importsubstitution in diesen Bereichen nicht in einem Jahr zu bewältigen. Das Ministerium erarbeitet nun entsprechend dem Gesetz der DVR ‚Über republikanische Programme‘ Programme zur Entwicklung dieser Bereiche“, berichtete das Landwirtschaftsministerium.

de.sputniknews.com: Poroschenko sieht Nord Stream 2 als „Rache an Kiew“ – Moskau kontert.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sieht in der Pipeline Nord Stream 2 eine Bedrohung für sein Land. Laut ukrainischen Medien hat er das Projekt als „eine Rache“ an Kiew bezeichnet.

Beim Bau der Pipeline Nord Stream 2 geht es laut Poroschenko nicht um Wirtschafts- oder Energieziele. Stattdessen werde damit die Ukraine bedroht.

„Das Ziel ist, der Ukraine zwei Milliarden Dollar zu entziehen, die sie für den Gas-Transit bekommt. Das ist eine Rache für Stockholm, eine Rache für entschiedene Anti-Korruptionsreformen.“

Poroschenko beruft sich offensichtlich auf das Stockholmer Schiedsgericht, an das sich Russland und die Ukraine vor zwei Jahren mit gegenseitigen Klagen wegen Kontrakten für Gaslieferungen aus dem Jahr 2009 gewandt haben.

Der russische Energiekonzern Gazprom erklärte zu Poroschenkos Worten, dass „dort nichts zu kommentieren“ sei und dass die Arbeit an Nord Stream 2 lange vor dem Gerichtsprozess in Stockholm begonnen wurde.

Zuvor hatte der ukrainische Ministerpräsident Wladimir Groisman Nord Stream 2 „eine Bedrohung für die nationale Sicherheit nicht nur der Ukraine, sondern auch anderer Länder“ genannt. Demnach werde das Land alles tun, um den Bau der Pipeline nicht zuzulassen.

2019 soll der Bau des zweiten Stranges der Ostseepipeline Nord Stream starten. Dann wird Nord Stream 2 Russland mit Deutschland verbinden. Die Baukosten werden mit rund zehn Milliarden Euro veranschlagt. Das russische Unternehmen Gazprom erklärte, von seinen Partnern, darunter zwei deutschen Energieversorgern, einen Unterstützungskredit in Höhe von 6,65 Milliarden Euro für den Bau erhalten zu haben.

Am 16. Juni 2014 hatte Gazprom den ukrainischen Gasversorger Naftogaz vor dem Schiedsgericht der Handelskammer Stockholm zur Zahlung der offenen Schulden für geliefertes Erdgas und der anstehenden Zinsen dafür verklagt. Laut der Vertragsklausel „take or pay“ (deutsch: „Nimm oder zahl“) soll der Käufer für die festgelegte Menge zahlen, unabhängig davon, ob er sie letztlich abnimmt.

Am selben Tag hatte sich die Ukraine mit der Klage gegen Gazprom an das Stockholmer Schiedsgericht gewandt, im Nachhinein den Erdgaspreis zu ändern und alle seit dem 20. Mai

2011 getätigten Überbezahlungen – insgesamt nicht weniger als sechs Milliarden Dollar – zurückzuerstatten. Das ukrainische Unternehmen forderte außerdem, jene Vertragsbestimmung aufzuheben, welche den Verkauf des ihm gelieferten Erdgases ins Ausland untersagt.

Am 31. Mai berichteten Medien von einem Urteil des Stockholmer Schiedsgerichtes, das die Klausel „take or pay“ abgeschafft hatte. Dennoch hatte der Vize-Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexander Medwedew, am 6. Juni diese Informationen dementiert und das Urteil des Schiedsgerichtes als eine „Zwischenentscheidung“ bezeichnet.

[Ukrinform.ua: Macron nennt Russland einen Aggressor.](#)

[Der französische Präsident Emmanuel Macron hat Russland im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt einen Aggressor genannt.](#)

[Macron sagte auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Staatschef Poroschenko in Paris, man müsse verstehen, dass die Aggression von Russland ausgeht. „Nicht die Ukraine ist der Aggressor. Wir erkennen auch die rechtswidrige Annexion der Krim nicht an. Wir wissen, wer den Krieg entfesselte“, so Macron.](#)

[Der französische Präsident betonte auch, dass alle Seiten ihre Verpflichtungen im Rahmen der Vereinbarungen von Minsk erfüllen müssen. „Ich glaube, dass wir einige Monate haben, um im Rahmen dieser Vereinbarungen Erfolge zu erzielen. Ich verstehe, dass es kein optimales Format ist, doch bessere Vorschläge sehe ich bisher nicht“, sagte Präsident Macron.](#)

[de.sputniknews.com: Ein weiteres Poroschenko-Versprechen: Ukrainische Flagge kehrt auf die Krim zurück.](#)

[Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko zeigt sich zuversichtlich, dass die Krim sich wieder in eine ukrainische Region verwandeln wird. Diesen Gedanken ließ er in einer Erklärung auf seiner Webseite freien Lauf.](#)

[So würde der Wille, die Kontrolle über die Krim wiederzugewinnen, die Tataren und die Ukrainer „noch verwandter“ machen.](#)

[„Trotz der Schwierigkeiten sind wir uns sicher - bald werden unsere Fahnen stolz auf einer freien und ukrainischen Krim wehen“, betonte Poroschenko.](#)

[Die Krim war im März 2014 – nach gut 22 Jahren in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Halbinsel bei einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Anlass für die Volksabstimmung war ein nationalistisch geprägter Staatsstreich in Kiew.](#)

[Die ukrainische Regierung erkennt die Abspaltung der Krim nicht an. Die westlichen Staaten haben den Sturz von Präsident Viktor Janukowitsch und die von der Opposition gestellte Regierung in Kiew akzeptiert, jedoch nicht das Krim-Referendum. Nach dem Beitritt der Halbinsel zu Russland verhängten die USA und die EU Sanktionen gegen Russland und die Krim.](#)



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30492/21/304922133.jpg>

Dnr-online.ru: Heute wurde im Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR den Hochschulen, die am humanitären Programm zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass teilnehmen, Ausrüstung für die technische Umrüstung des Fernstudienystems übergeben. „Die neuen Serverausrüstungen werden für die Modernisierung oder Schaffung von vollwertigen Fernstudienystemen verwendet. In vielen Bildungseinrichtungen der höheren Berufsbildung arbeiten solche Systeme bereits über viele Jahre, aber heute ist unter Berücksichtigung der neuen Bedürfnisse eine tiefgreifende Modernisierung notwendig“, sagte der Leiter der Abteilung für Informationspolitik des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums Kirill Baryschnikow.

Am Fernstudium können nur die teilnehmen, die aus objektiven Gründen zu bestimmten Zeiten die Bildungseinrichtung nicht besuchen können.

Die technische Umrüstung des Fernstudienystems wird zu Beginn des neuen Studienjahres erfolgen.

de.sputniknews.com: Regelung der Ukraine-Krise: Poroschenko hofft auf „Macron-Formel“. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat eine Verabredung mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron angekündigt, Entwürfe zur Lösung des Konflikts im Donbass im Normandie-Format zu entwickeln.

„Unsere Verabredung ist, dass wir Projekte möglicher Lösungen im ‚Normandie-Format‘ schriftlich verfassen werden. Es ist möglich, dass sie ‚Macron-Formel‘ genannt werden“, sagte er am Montag in einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit dem französischen Präsidenten. „Heutzutage können wir der Gesellschaft einen Plan zur Friedensstiftung und zur ‚Deokkupierung‘ des Ostens der Ukraine vorlegen“, so Poroschenko.

Die Behörden der Ukraine hatten im April 2014 eine Militäroperation gegen die beiden selbstausgerufenen Volksrepubliken Lugansk und Donezk gestartet, die nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 ihre Unabhängigkeit erklärt hatten. Nach UN-Angaben sind in dem Konflikt bereits mehr als 10.000 Menschen ums Leben gekommen. Die beiden Konfliktparteien werfen einander Verletzungen der beschlossenen Vereinbarungen vor, der Schusswechsel geht auch nach den getroffenen Vereinbarungen über eine Waffenruhe weiter.

Die Regelung der Situation im Donbass ist Verhandlungsgegenstand der Kontaktgruppe in Minsk, die bereits mehrere Dokumente verabschiedet hat, in denen Schritte zur Deeskalation des Konflikts aufgezeigt sind.

Die Regelung der ukrainischen Krise wird auch bei den Verhandlungen im sogenannten

„Normandie- Format" (Russland, Frankreich, Deutschland, Ukraine) besprochen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31633/40/316334080.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Durchaus gefährliches Spiel: Russland zu US-Schutz von Al-Nusra Front.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die US-geführte Militärkoalition davor gewarnt, die terroristische Gruppierung „Dschabhat al-Nusra“ auch weiter vor Schlägen in Syrien zu schützen.

„Die Doppelstandards sind nach wie vor zu beobachten“, sagte er in einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit seinem äthiopischen Amtskollegen Workneh Gebeyehu. „Ich habe schon gesagt, dass wir auf Grund unserer Erfahrung der Terrorbekämpfung in Syrien den Eindruck haben, dass die US-geführte Koalition und andere mit ihr zusammenarbeitende Staaten die sogenannte „Dschabhat al-Nusra“ - oder wie sie sonst jetzt auch genannt wird - jedes Mal schonen“.

Auch in den letzten Tagen seien neue Beweise dafür aufgetaucht, dass „Dschabhat al-Nusra“ einem Schlag entzogen werde, bedauerte Lawrow.

„Wir halten das für ein durchaus gefährliches Spiel, mit dem aufgehört werden muss. Überhaupt, alle Doppelstandards, irgendwelche Nebengedanken und verborgene Absichten müssen für einen kompromisslosen Kampf gegen den Terrorismus beiseite gelegt werden“.

de.sputniknews.com: Kiews sehnsüchtiges Warten: auf US-Verteidigungswaffen und Pentagon-Chef

Kiew hofft auf Verteidigungswaffen aus den USA und rechnet mit einem Besuch des US-Außenministers in den nächsten zwei bis drei Monaten, wie der ukrainische Präsident Petro Poroschenko dem TV-Sender „Ukraina“ sagte. Der Politologe Andrej Susdaltzew hat die Erklärung in einem Sputnik-Interview kommentiert.

„Man wird versuchen, die Frage mit den Verteidigungswaffen noch in diesem Haushaltsjahr zu lösen“, sagte der ukrainische Staatschef dem TV-Sender.

Diese Erklärung passe zu Poroschenkos gewohnter Manier, sagte der Politologe Susdaltzew von der Higher School of Economics in Moskau. Der Experte erinnerte: In Rüstungsfragen habe sich Washington bislang immer vorsichtig verhalten – bei all dem verbalen Rückhalt für Kiew.

„Schon 2015 hatte der US-Kongress der Obama-Administration empfohlen, sogar tödliche Waffen an die Ukraine zu liefern. Doch der Präsident ließ sich darauf nicht ein. Es gab keine

Illusionen: Moderne US-Waffen in den Händen der ukrainischen Armee würden dann auch in die Hände der Donbass-Rebellen geraten. Weil ukrainische Militärs schon aus Tradition etwas verkaufen würden“, sagte der Politologe im Sputnik-Interview.

Im vergangenen Mai hat der US-Kongress den Haushalt für den Zeitraum bis zum 30. September dieses Jahres verabschiedet. In diesem Budget ist weiterhin eine Finanzhilfe für die Ukraine vorgesehen, in Höhe von 410 Millionen US-Dollar – auch für Militärhilfe. Angesichts dieser Zahlen gebe Poroschenko Wunschdenken für Wirklichkeit aus, sagte Susdaltzew: „Wie so oft lässt Poroschenko durchblicken, es sei schon alles auf dem Trockenen. Aber selbst wenn es so wäre: Was kann denn die Ukraine für dieses bewilligte Geld kaufen? Zwei, drei Flugzeuge? Ein paar Panzer? Das hilft Kiew bei der Lösung seiner selbstgestellten Aufgabe nicht weiter, die fast schon stärkste Armee Europas aufzustellen“, so der Analyst.

Auffällig ist außerdem: Poroschenko lasse erkennen, die Waffenlieferungen würden auf Ebene der Verteidigungsministerien beschlossen. „Das ist schon sehr merkwürdig, weil solche Fragen normalerweise auf höherer Ebene entschieden werden“, erklärt der Experte. Insofern sei die geplante Hilfe nur ein symbolischer Akt: „Amerika vergisst die Ukraine nicht, soll das heißen. Mehr aber auch nicht.“



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31633/59/316335945.jpg>